

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/015

Chronik vom 4. Juni 1995 bis zum 11. Dezember 1995

04.06.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juni 1995 über das sowjetische Massaker von Katyn: >>**Jelzin lehnt Treffen mit Walesa in Katyn ab**

... Das jahrzehntelang von Moskau geleugnete Verbrechen von Katyn belastet noch heute das Verhältnis zwischen Polen und Russen.

Erst 1990 gab der Kreml zu, daß das Politbüro der KPdSU im März 1940 beschlossen hatte, insgesamt etwa 15.000 polnische Offiziere und Polizeibeamte, die der Roten Armee nach ihrem Einmarsch in Polen am 17. September 1939 in die Hände gefallen waren, ohne Gerichtsverhandlung zu erschießen. Im Frühjahr 1943 entdeckten deutsche Soldaten die Massengräber. Moskau behauptete, die Verbrechen seien von den Deutschen begangen worden.<<

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Juni 1995: >>... Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel ist davon überzeugt, daß die Deutschen die ausgestreckte Hand der Tschechen ergreifen werden. ...

Zu der vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber geforderten Überprüfung der Benes-Dekrete sagte Havel, die Tschechen könnten "nie auf die Zerstörung der Rechtsordnung eingehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand und die auch ihren internationalen Kontext hat". ...<<

16.06.1995

Tschechien: Der tschechische Kardinal Miroslav Vlk (seit 1990 Bischof des Bistums Budweis) erklärt am 16. Juni 1995 während einer Rede im Prager Carolinum (x154/24-26): >>... Mein großer Vorgänger, Kardinal Tomášek, unterstützte am 11. Januar 1990 die entgegenkommenden Schritte Präsident Václav Havels und erklärte im Namen der Kirche die Vertreibung der Deutschen als "zutiefst unmoralische Tat".

Er schrieb, daß die damals an den Deutschen in der Tschechoslowakei verübten Handlungen der Rachsucht und Verfolgung ein Schandfleck auf unserer nationalen Ehre sei, der sich nicht durch Schweigen oder den Verweis auf das uns zugefügte Unrecht, sondern allein durch objektives Eingeständnis der ganzen Wahrheit und durch Distanzierung vom eigenen verübten Unrecht auslöschen ließe.

Auf diese Stimme antworteten die deutschen Bischöfe im März 1990 mit einem wunderbaren

Brief. Sie sprachen ihr Bedauern aus und entschuldigten sich für die Schuld der Deutschen gegenüber den Tschechen, die Vertreibung der Tschechen aus dem Sudetenland vor dem Krieg, für die von Nationalsozialisten im Namen des deutschen Nationalsozialismus während des Krieges begangenen Verbrechen und nicht zuletzt für die Beteiligung der DDR-Armee an der Okkupation der Tschechoslowakei im August 1968. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, alle unheilvollen Äußerungen der Feindschaft, des Mißtrauens und der Gleichgültigkeit zu überwinden und alles Positive zu fördern, worin sich beide Völker in ihrer ganzen langen gemeinsamen Geschichte gegenseitig bereicherten.

Eine eingehende Antwort auf diesen Brief brachte die Erklärung der Bischofskonferenz der CSFR im September des gleichen Jahres unter dem Motto "Christus ist unsere gemeinsame Hoffnung". In diesem Schreiben wurde erneut nicht nur die Vertreibung der Deutschen, sondern auch das Schweigen der Gläubigen und Vertreter der Kirchen zu den diesen Rachakt begleitenden Gewalttaten verurteilt. ...

Den bisherigen Höhepunkt dieses Dialogs brachte die gemeinsame Erklärung beider Bischofskonferenzen – der tschechischen und der deutschen – zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs. Sie vermittelten einen Überblick über die bisherigen Schritte der Christen auf dem Wege der tschechisch-deutschen Verständigung und äußerten sich auch zu konkreten Fragen der Entschädigung der tschechischen Opfer des Nationalsozialismus und den Erwartungen der vertriebenen Sudetendeutschen mit den Worten:

"Wiedergutmachung zwischen den Menschen verschiedener Völker ist in erster Linie ein geistiger Vorgang; eine Revision all dessen, was vor 50 Jahren geschah, ist kaum möglich. Wiedergutmachung zwischen Tschechen und Deutschen ist daher in erster Linie 'die Bereitschaft, sich innerlich von alter nationaler Feindschaft abzuwenden und mitzuhelfen, daß die Verletzungen geheilt werden, die anderen aus solcher Feindschaft zugefügt worden sind. ...

Nur solche Lösungen werden Bestand haben, die auch dem Gemeinwohl beider Staaten Europas verpflichtet sind. Sie müssen die jeder menschlichen Gerechtigkeit gesetzten Grenzen beachten; deshalb dürfen sie nichts Unerfüllbares fordern und müssen die Folgen für alle Betroffenen bedenken. Vor allem aber darf dabei nicht übersehen werden, daß es unzulässig ist, durch Gebote der Gerechtigkeit allein den Frieden unter den Menschen wahren zu wollen – wenn nicht unter ihnen die Liebe Wurzeln schlägt'. (Thomas von Aquin) ..."

Ein klarer Verzicht auf Haß und Feindschaft kann sich nicht mit bloßen Deklarationen begnügen, er bedarf der Taten, die Gewicht haben. Verbunden mit der praktischen Umsetzung auch in kleinen Schritten eröffnen sich neue Wege auf der "vopolitischen" Ebene. Wenn man sich vom Haß befreit, sieht man die Tatsachen um sich herum wesentlich klarer. ...

Es geht uns darum, Brücken des Vertrauens zu bauen, Nähe zu schaffen. Auf die Frage, wer unser Nächster sei, gab Jesus Christus mit dem Gleichnis vom Samariter eine überraschend einfache Antwort: Du selbst sollst dich zum Nächsten machen – dadurch, daß du danach strebst, dich jedem zu nähern, vor allem aber demjenigen, der dich braucht. – Kirche und Universität, Tschechen und Deutsche, alle Menschen guten Willens brauchen einander auf dieser Erde ...<<

28.06.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. Juni 1995 über John Sacks umstrittenes Buch "Auge um Auge. Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten": >>**Die Angst vor Mißverständnissen**

... Ein Buch macht von sich reden: erst, weil es erscheinen sollte, dann, weil es nicht erscheinen durfte, schließlich, weil es dann doch erschienen ist.

Die Diskussion über Wert oder Unwert von John Sacks Reportage "Auge um Auge", die zuerst der Piper Verlag herausbringen wollte und dann zurückzog und die nun im Hamburger Ernst Kabel Verlag veröffentlicht wurde, hat hohe Wellen geschlagen. Kein Wunder: Das

Buch berührt ein heikles Thema, das alle Ängste vor "Mißverständnissen", vor einer Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen neu entfacht.

Der amerikanische Reporter John Sack hat Racheaktionen von jüdischen Überlebenden der Vernichtungslager beschrieben, denen Deutsche, darunter viele Kinder und Frauen, aber kaum Angehörige der SS zum Opfer fielen. Eine große Zahl ehemaliger KZ-Häftlinge, so der Autor, habe in den Reihen des polnischen Staatlichen Sicherheitsdienstes im Jahre 1945 an willkürlichen Verhaftungen und Quälereien teilgenommen, die Sack ausführlich schildert. Er beziffert die Zahl der Deutschen, die in den Gefangenenlagern des Sicherheitsdienstes starben, auf 60.000 bis 80.000.

Im Mittelpunkt steht Lola, die die Schindereien in Auschwitz nur durch Zufall überlebt hatte, die dort ihr einjähriges Kind und viele Verwandte verlor. Sie hatte, gerade 24jährig, ein paar Monate ein Gefängnis geleitet, behandelte zunächst die deutschen Insassen mit großer Härte, um ihnen dann zu helfen, bis sie noch Ende des Jahres 1945 in den Westen floh.

Sack berichtet auch von Schlomo Morel, der als 26jähriger ein fürchterliches Regiment im Lager Schwientochlowitz führte. Er blieb Mitglied des Sicherheitsdienstes (den er aufgrund einer antisemitischen Kampagne 1968 verlassen mußte) und entzog sich der juristischen Untersuchung Anfang der neunziger Jahre durch Flucht.

Schon in Amerika hatte der dort bekannte jüdische Journalist John Sack, Jahrgang 1930, ein oft wütendes Echo hervorgerufen, als sein Buch erschien. In Deutschland genügte ein kritischer Artikel des Publizisten Eike Geisel in der "Frankfurter Rundschau" unter dem Titel "Antisemitische Rohkost", um den "Piper Verlag" in Panik zu versetzen. Der neue Verlagsleiter ließ 6.000 Exemplare des Buches einstampfen.

Die Angriffe waren nicht selten in einem zornigen Ton abgefaßt. Dem Autor wurde Antisemitismus vorgeworfen, von Fälschung und von Pornographie war die Rede, Sack habe sogar Opfer und Täter von Auschwitz gleichgesetzt. In dieser Sicht erscheint er als skrupelloser Sensationsjournalist, in anderen Darstellungen als skrupelloser Redakteur und Rechercheur, als anerkannter Zeitungs- und Fernsehjournalist, der vor Jahren mit seinen Untersuchungen über die Machenschaften der amerikanischen Neonazis Aufsehen erregte.

Ein Vorwurf läßt sich allerdings nach der Lektüre nicht bestätigen. Sack setzt den Holocaust und die späteren Racheaktionen keineswegs gleich, das gilt für die Dimensionen der Verbrechen wie auch für ihre moralische Bewertung. ...

Er schreibt, was ihm viele verübeln, bewußt als gläubiger Jude, beruft sich - nicht ohne Pathos - auf die Pflicht zur Wahrheit. Er zitiert die Lehren der Thora, die Vergeltung ablehnt. Wer sich von Haß leiten läßt, so gibt er zu verstehen, droht seine jüdische Identität zu verlieren. Er versucht aber auch, diesen Haß nachvollziehbar zu machen. Die ersten siebzig Seiten sind der Vorgeschichte, der Hölle von Auschwitz gewidmet. Er teilt zudem mit, daß "90 Prozent" der verfolgten Juden Rache ablehnten und die übergroße Mehrheit derer, die dem polnischen Sicherheitsdienst zunächst beitraten, noch im Jahre 1945 in den Westen flohen.

Umfängliche historische Untersuchungen über dieses Kapitel der Nachkriegsgeschichte gibt es noch nicht. Sack betont, daß er nicht nur Archive durchforstet, sondern bei einer 7jährigen Recherche 300 Stunden Interviews mit unzähligen Zeitzeugen geführt habe. Und doch bleibt vieles unklar. In welchem Zeitraum die geschätzten 60.000 bis 80.000 Deutschen umkamen und in welchem Ausmaß daran überhaupt Juden beteiligt waren, wird nicht deutlich. Unverständlich bleibt, wieso er vom berüchtigten Lager in Lamsdorf berichtet, das gar keinen jüdischen Kommandanten hatte. ...

Sack arbeitet zudem mit Mutmaßungen. Er glaubt, daß Stalin den Eintritt von Juden in den polnischen Geheimdienst bewußt gefördert habe, als es darum ging, Nazis aufzuspüren und zu verfolgen. Er hätte diese Vermutung im Zusammenhang mit der damaligen antisemitischen Verfolgungswelle in der Sowjetunion erörtern müssen. Der polnische Sicherheitsdienst war

eine kommunistische, keine "jüdische" Organisation. Da er Maßnahmen der stalinistischen Terrorpolitik mit einem ethnischen Etikett versieht, bedient er sich – ungewollt - antisemitischer Klischees. ...

Den größten Unmut hat er sich aber mit seiner populären Darstellungsform zugezogen. Sack legt einen mit drastischen Schilderungen gespickten "Tatsachenroman" vor ...

Ein nüchterner Bericht, der die Tatsachen historisch-kritisch einordnet, wäre sicherlich angemessener als dieser Versuch, Authentizität zu simulieren. Die Kritiker werfen ihm vor, mit dieser Darstellung jenen Schützenhilfe zu leisten, die den Völkermord an den Juden historisch zu relativieren versuchen.

Wer Sacks Buch liest, muß nicht automatisch falsche Schlüsse ziehen. Man muß ihn schon mißverstehen und Ursache und Wirkung vertauschen wollen, um zu übersehen, daß hier von schrecklichen Folgen schrecklicher Taten berichtet wird. Unbekümmertheit in dieser Frage sollten wir uns hierzulande freilich nicht leisten. Da wirkt die forciert forsche Tonlage des Kabel Verlages reichlich peinlich. In einer überschlauen Pressemitteilung glaubt man den ganz großen Intellektuellen Coup zu landen: "Die Ewiggestrigen und die Warner treffen sich an einem fatalen Punkte: Sie scheinen anzunehmen, eine Relativierung des Holocaust sei möglich."

Dieser abenteuerliche Versuch, den Spieß umzudrehen, läßt an den seriösen Motiven des Verlags zweifeln. Zur Veröffentlichung des Buches gibt es gleichwohl keine Alternative, will man nicht die Legenden beleben, wonach das Elend der Vertreibung bei uns tabuisiert würde, obwohl es doch seit den fünfziger Jahren eine Fülle von Literatur dazu gibt.

Nur eine offensive Diskussion gewährt überhaupt eine Chance, mögliche Mißverständnisse zu bekämpfen, einen absoluten Schutz vor ihnen gibt es nicht. Mit dem Restrisiko der menschlichen Dummheit müssen wir nun mal leben.<<

Juni 1995

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtet im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation

Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg

Gleichsam im Vorgriff auf die 50jährige Rückerinnerung an die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 beschäftigte sich ein jüngst erschienenes Buch mit den Folgen dieses bislang unerhörten Kriegsendes in der europäischen Geschichte.

Sein Verfasser, Richard Grill, bringt als promovierter Historiker und Zeitzeuge das wissenschaftliche Rüstzeug und den erforderlichen Erfahrungsschatz mit, um kompetente Aussagen über die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" zu machen. Beruflich im Bildungsbereich tätig, hatte er es vorwiegend mit jener Kriegsfolge zu tun, die als sogenannte "Reeducation" die Deutschen von der nationalsozialistischen Ideologie weg- und zur Demokratie hinerziehen sollte, und die als "Umerziehung" zum Schlagwort geworden ist.

Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts langjähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt. Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerziehung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und belegt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.

Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegervedikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Welt-

krieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekennnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflusst worden ist. ...

Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekennnissen der Sudetendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine gerechte Sache?" ausführt.

Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Kolonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen können. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffentlichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zunehmend schmerzlicher zu spüren bekommen. Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbsthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.

Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezeichnungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irrationale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.

Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:

"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:

"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte."

...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtet im Juni 1995 (x853/...):

>>Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):

"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<

03.07.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Juli 1995: >>Polen:

Deutschland ist strategischer Partner

Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski erwartet von Deutschland weitere Unterstützung für den Weg seines Landes in das vereinte Europa. Polen sehe in Deutschland einen wichtigen strategischen Partner in allen Bereichen sagte Bartoszewski am Sonntag im Deutschlandfunk mit Blick auf den Besuch Kanzler Helmut Kohls in dieser Woche. Er verwies darauf, daß Polen sich seit Jahrhunderten am Westen ausgerichtet habe. "Es gibt eine tief verwurzelte Sehnsucht nach Westeuropa", sagte der Minister.<<

17.07.1995

Frankreich: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. Juli 1995: >>Frankreich mit schuld an Juden-Deportation

Die Mitverantwortung seines Landes bei der Deportation Tausender von Juden durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg hat Frankreichs Präsident Jacques Chirac erstmals öffentlich anerkannt.

Bei einer Gedenkfeier zur Erinnerung an die Razzien vom 16. bis 18. Juli 1942, bei denen auf Anordnung des Hitler ergebene Vichy-Regimes 13.152 französische Juden in die Gaskammern der Todeslager deportiert wurden, sagte er: "Diese dunklen Stunden besudeln auf ewig unsere Geschichte und sind eine Beleidigung für unsere Vergangenheit und unsere Traditionen." ...<<

Juli 1995

BRD: Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1995 berichtet im Juli 1995 über das Buch "Kollektivschuld und Vertreibung" des deutschen Moraltheologen Franz Scholz (1909-1998) (x853/...): >>Kollektivschuld und Vertreibung

... Mit dem Abschluß seiner erschütternden Trilogie "Görlitzer Tagebuch", "Zwischen Staatsräson und Evangelium" legt der emeritierte Moraltheologe Franz Scholz als einer der profiliertesten Zeitzeugen "Kritische Bemerkungen" zu "Kollektivschuld und Vertreibung" vor. Er ist in mehrfacher Hinsicht für dieses Buch prädestiniert: Einmal erlebte er als Görlitzer Gemeindepfarrer bis 1945, sodann als Caritasdirektor und Flüchtlingsseelsorger für die deutschen Ostvertriebenen hautnah die zahllosen Vertreibungsverbrechen. ...

Schließlich ist es Professor Scholz als ausgewiesener Wissenschaftler gelungen, die Bestimmungen des Völkerrechts wie auch des Kirchenrechts auch für juristische Laien verständlich darzulegen und zu interpretieren. Scholz vergleicht das Verhalten der spanischen Konquistadoren in Lateinamerika mit der Haltung der Sieger von 1945 und kommt zum Ergebnis, daß letztere sich derselben verbrecherischen Machenschaften bedienten wie einst die Spanier.

Thukydides, der Vater der politischen Geschichtswissenschaft, schrieb im "Peloponnesischen Krieg":

"Nach unserer Überzeugung lassen sich die großen Feindschaften auf die Dauer nicht dadurch beilegen, daß man den Gegner zur Annahme eines unbilligen Friedens zwingt, sondern weit eher dadurch, daß man ihn womöglich noch durch Edelmut besiegt und ihm günstigere Bedingungen gewährt, als er selber erwartet." (4, 19).

- Leider hielten sich die Sieger vor 1945 nicht an diesen für eine gerechte Friedensordnung zukunftsweisenden Rat, sondern überboten die unsinnige Rachejustiz von Versailles durch noch weit ungerechtere Bedingungen als 1919.

Scholz erinnert daran, daß die alliierten Staatsmänner Hitler einst über Gebühr hofierten und ihm Zugeständnisse machten, die sie seinen demokratischen Vorgängern aus politischer Verblendung verweigerten. Hierdurch und die wahrheitswidrig erzwungene Anerkennung Deutschlands als Alleinschuldiger am 1. Weltkrieg trieben sie große Volksmassen Hitler in die Arme, der ihnen nicht nur Arbeit und Brot versprach, sondern auch verhiess, die "Ketten von Versailles" zu zerbrechen.

Scholz geht energisch und mit überzeugenden Argumenten gegen die unsinnige These von der

deutschen Kollektivschuld vor, die Deutschland für ewige Zeiten zum Paria unter den Völkern brandmarken sollte. Man erinnere sich der maßlosen Wutausbrüche des ehemaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin, eines einst von den Briten steckbrieflich gesuchten Terroristen, der alle Deutschen als Mörder bezeichnete, selbst solche, die gegen Hitler im Widerstand standen wie Bundeskanzler Adenauer.

Immerhin suchen auch nicht wenige Deutsche, wie etwa Jürgen Habermas, den Deutschen eine Kollektivschuld aufzuschwätzen. Gegen solchen Widersinn wandte sich bereits der Prophet Ezechiel: "Nur wer da sündigt, soll persönlich sterben." (18, 4) Sterben bedeutet hier: Bestraftwerden für persönliche Schuld.

Sogar das Internationale Militärtribunal von Nürnberg lehnte es ab, auf der Basis der Kollektivschuld Recht zu sprechen. Konsequenterweise sprach es mehrere Angeklagte frei. Dagegen erklärte der ehemalige polnische Außenminister Skubiszewski, als Ergebnis der Kapitulation seien die besiegten Deutschen ohne alle Rechte gewesen. - Da waren sogar die Nazis gegenüber den besiegten Ländern noch außergewöhnlich human. Man denke nur an Vichy-Frankreich.

Die Deutschen waren 1945 - ähnlich den von Kolumbus entdeckten Indios - der Willkür und Grausamkeit der Sieger wehrlos ausgeliefert. Erstere waren rechtlos, weil sie noch nicht getauft waren, letztere, weil sie Deutsche waren. Die ungesühnten Verbrechen gegenüber den besiegten Deutschen setzen sich mit derselben "Berechtigung" im ehemaligen Jugoslawien fort.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik verstand im Artikel 23 Deutschland in den Grenzen von 1937. Den "Enkeln" Adenauers seien die Worte ihres "Großvaters" in Erinnerung gerufen, der am 20.9.49 erklärte:

"Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. ... (sie) widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat."

Und der Alterspräsident des Bundestages Paul Löbe von der SPD sagte am 13.6.50:

"Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben."

Nur 3 Monate später erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Herbert Wehner: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit."

Am 20.10.53 bekräftigte Bundeskanzler Adenauer, daß "das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen (wird)."

Haben die "Enkel" dies schon alles vergessen?

Und wenn binnen knapp 40 Jahren ein so radikaler Gesinnungswandel möglich ist, wie wir ihn bei den verantwortlichen Politikern hinsichtlich der östlichen "Friedensgrenze" erleben, warum sollte dann nicht in absehbarer Zeit eine erneute Schwenkung vorgenommen werden, zumal wenn sie begründete Aussicht auf einen stabilen Frieden in Europa verspricht?

- Im Aufruf der SPD zum Schlesiertreffen am 20.10.53 hieß es: "Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen. ... Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten?"

Am 22.3.64 sagte Herbert Wehner zutreffend: "Was aber gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder übertölpeln ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraubtes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr sogenannt werden soll? ... Sie gewönne vielleicht oder höchstens eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre damit Opfer einer Täuschung."

Auf demselben Kongreß sagte Bundeskanzler Erhard, was unbestreitbar heute genauso gültig ist wie damals:

"Wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer Brüder und Schwestern sind ... Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern gelten, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden."

Das Genfer Abkommen vom 12.8.1949 bestimmt unmißverständlich:

"Zwangswise Einzel- oder Massenaussiedlung sowie Deportation sind ohne Rücksicht auf den Beweggrund untersagt. Die evakuierte Bevölkerung ist unmittelbar, nachdem die Feindseligkeiten innerhalb des fraglichen Gebietes ihr Ende gefunden haben, zu ihren Heimatstätten zurückzuführen. Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln."

Die zynische Mißachtung dieses Genfer Abkommens nach dem Krieg ermuntert heute die Serben, nach dem Beispiel der Siegermächte des Weltkrieges mit nicht minder verbrecherischen Methoden "ethnische Säuberungen" vorzunehmen. Hier bewahrheitet sich das Wort Friedrichs v. Schiller: "Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."

- Der einstimmige Beschluß des Weltsicherheitsrates vom 22.11.67: "Niemand kann durch Krieg Gebiete erwerben. Der Eroberer muß die besetzten Gebiete räumen, und die vertriebene Bevölkerung hat ein Recht auf Rückkehr" wurde hinsichtlich der Deutschen mit Füßen getreten. Die Nazis prägten einst das Wort: "Recht ist, was dem deutschen Volke nützt."

Feiert ihr Geist bei den Völkern nicht fröhliche Urständ, wenn es gegen die Deutschen geht? Immerhin erhielten diese das "Privileg", zum Zahlmeister Europas und der UNO zu avancieren.

Niemand dürfte bestreiten können, was Franz Scholz auf S. 191 schreibt:

"Die meisten der in der deutschen Heimat unangefochten Verbliebenen vermögen nicht zu erahnen, was Heimatvertriebene seelisch durchzustehen hatten, als die Mehrheit des Bundestages 1990 Ostdeutschland endgültig preisgab. Was das menschlich-konkret bedeutet, zeigt das unmenschliche Vorgehen Serbiens in Bosnien. Aber Serbien folgt nur dem lockenden Beispiel der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die soeben Deutschland veranlaßt haben, die Vertreibung von acht Millionen Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße "völkerrechtlich" durch die "Bestätigung der Grenze" hinzunehmen."

Bischof Nossol von Oppeln sagte in seinem Fastenhirtenbrief 1991: "Die Zwangsumsiedlung der einen wie der anderen dürfen Christen nicht mit der lapidaren Feststellung quittieren, daß auf diese Weise der geschichtlichen Wahrheit Genüge getan würde."

- Wenn Bundeskanzler Kohl dagegen 1990 erklärte: "Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß auch endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein", offenbart er ein für einen studierten Historiker merkwürdiges Verständnis historisch völlig unvergleichbarer Tatbestände. Frankreich hat nicht nur keine Deutschen vertrieben, sondern ist auch nicht für den Mord an hunderttausenden unschuldigen deutschen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich.

Durch die Zustimmung zur Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland hat es die Prinzipien beachtet, auf die es sich gemäß den Statuten der UNO verpflichtete. Dagegen ist Polen nicht nur hauptverantwortlich für die Vertreibung von Millionen Deutschen mit all den Massenverbrechen, sondern weigert sich nach wie vor hartnäckig, diese Verbrechen, die schwerste Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen, als solche anzuerkennen.

Zahllose Polen haben genau das getan, wofür mehrere Angeklagte in Nürnberg zum Tode ver-

urteilt und durch den Strang hingerichtet wurden.

"Ob Grenzen in Zweifel gezogen werden dürfen, hängt durchaus von den Umständen ab, nämlich ob sie gerecht oder ungerecht, sinnvoll oder störend sind, ob sie Jahrhunderte hindurch friedlich durchgehalten haben oder kriegerisch von Siegern vor kurzem willkürlich festgelegt worden sind." (S. 194) "Nicht alle faktischen Grenzen sind von sich aus ethisch und völkerrechtlich unantastbar, sondern nur die in etwa gerecht gezogenen." (Seite 195) Schließlich hält das Schlußprotokoll von Helsinki 1975 eine friedliche Änderung von Grenzen für möglich.

Die "bestätigte Grenze", mittels derer Stalin ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zementieren wollte, sollte den Frieden in Europa garantieren? Ist "Väterchen Stalin", einer der größten Massenmörder der Weltgeschichte, also ein Friedensstifter? Sollte man ihn nicht postum für den Nobelpreis vorschlagen?

Bundeskanzler und Regierung schweigen sich hartnäckig darüber aus, warum ausgerechnet die Ostdeutschen ihre Heimat verlieren sollen. Sind sie vielleicht die Hauptschuldigen am Krieg und den Verbrechen der Nazis? "Der Krieg ist offensichtlich sehr verschieden verloren worden", bemerkt Professor Scholz bitter (S. 200).

- Wenn das Münchner Abkommen von 1938 "von Anfang an nichtig war", wie jetzt behauptet wird - waren England, Frankreich und Italien eigentlich Vasallen Hitlers? - dann ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum für den Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.9.90 etwas anderes gelten sollte, zumal die Hauptbetroffenen, nämlich die Bewohner Ostdeutschlands, zum großzügigen "Verzicht" auf ihre Heimat nicht einmal gehört wurden. Mit fremdem Eigentum läßt sich leicht großzügig verfahren. Vom heiligen Krispin wird überliefert, daß er den Armen Schuhe gemacht und das Leder hierfür gestohlen habe.

Das deutsche Volk soll angeblich "in freier Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes seinen Willen bekundet haben" auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten. Während der damalige Außenminister Genscher behauptete, wir hätten aus freien Stücken auf 104.000 qkm uralten deutschen Lands verzichtet - ist dieses eigentlich Privateigentum des "besten Außenministers, den die Polen je hatten"? - war Bundeskanzler Kohl ehrlicher, wenn er sagte: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit."

Sämtliche "Freunde" Deutschlands, Amerikaner, Franzosen, Sowjets, Engländer, Niederländer, Dänen, Tschechen, Italiener und das Europäische Parlament forderten, die "bestehende Grenze" an Oder und Neiße unzweideutig anzuerkennen, ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Genauer gesagt, muß man einräumen, daß sich ein ähnlicher Vorfall bei der zweiten Teilung Polens 1793 ereignete. Rußland bestand auf einer formalen Zustimmung des Sejm, des polnischen Parlaments zu dieser Amputation. Sein Argument lautete, der Verzicht auf polnisches Land sei das unvermeidlich geringere Übel, sonst würde Rußland ganz Polen besetzen.

Da die Russen mit Druck und Bestechung arbeiteten - sind unsere politischen Erfüllungsgehilfen vielleicht auch nicht ganz leer ausgegangen? - hat der Sejm in Grodno die Hälfte des Reststaates Polen an Rußland abgetreten.

Der amerikanische Präsident Wilson sagte am 7.4.1919: "Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."

Gelten diese Worte nicht auch für alle "Freunde" Deutschlands, die kategorisch die Abtretung eines Viertels unseres nach dem Versailler Diktat noch verbliebenen Landes fordern?

Neben den politischen "Freunden" Deutschlands spielen polnische Bischöfe eine beschämende, ja zutiefst unchristliche Rolle. Der damalige Primas Polens, Kardinal Hlond, der am 16.9.39 wie ein Mietling seine Herde verließ, rief vom sichern Port, aus Rom, in Radio Vatikan in einer Hetzrede die polnische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Deutschen auf,

wie Bischof Carl Maria Splett von Danzig am 14. Januar 1940 an Papst Pius XII. schrieb: Das polnische Volk solle sich um seine Lehrer und Priester scharen und gegen die Deutschen aufstehen. Daraufhin wurden unzählige Priester und Lehrer verhaftet und erschossen.

- Nach dem Krieg spielte der polnische Primas eine nicht minder erbärmliche Rolle. Mit betrügerischen Machenschaften erklärte er den rechtmäßigen deutschen Oberhirten im deutschen Osten, Kapitelsvikar Fr. Piontek, der anstelle des verstorbenen Kardinal Bertram die vorläufige Leitung des Erzbistums Breslau übernommen hatte, Bischof Kaller vom Ermland und den anderen deutschen Ordinarien, es sei der Wunsch des Heiligen Vaters, daß sie von ihrem Amt zurückträten.

Doch Pius XII. hatte mit keiner Silbe eine Andeutung gemacht, die im Sinne Hlonds hätte gedeutet werden können. Dieser erhielt auch keinerlei Vollmacht, wie er wahrheitswidrig behauptete, anstelle der von ihm mit Arglist verdrängten deutschen Oberhirten polnische Administratoren einzusetzen. Der Heilige Stuhl befand sich in einer schwierigen Situation. Wegen der starken Spannungen, die zwischen der Kirche und der kommunistischen Regierung herrschten, konnte er den Primas nicht öffentlich desavouieren. Aber im halbamtlichen Päpstlichen Jahrbuch nahm der Vatikan bis 1958 von den widerrechtlich errichteten "Neuordnungen" keinerlei Notiz.

Führende polnische Bischöfe setzten sich immer wieder über Recht und Gerechtigkeit hinweg, indem sie bei verschiedenen Gelegenheiten den Landraub als Werk der göttlichen Vorsehung und Gerechtigkeit priesen. Hiergegen heben (sich) wohltuend die Worte Papst Pius' XII. in seinem Hirtenwort vom 1.3.1948 ab:

"Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat. War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag zwölf Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben? Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ... Ist es wirklichkeitsfremd, wenn Wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehen rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt?"

Daß es nach Überwindung des Hasses zu einer für alle Beteiligten gerechten friedensfördernden Lösung kommen möge, ist entscheidendes Anliegen des Buches von Franz Scholz, das nicht nur unsere Politiker, sondern alle, die ein in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden vereintes Europa ersehnen, gründlich studieren sollten.<<

26.08.1995

Griechenland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. August 1995:

>>Kriegsopfer fordern Geld

... Tausende Griechen, die während der dreieinhalbjährigen deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg Angehörige verloren haben oder in anderer Weise geschädigt wurden, wollen jetzt auf dem Rechtsweg Wiedergutmachungsansprüche durchsetzen. Sie wollen Deutschland vor griechischen Gerichten verklagen. Initiator ist der Präfekt der Provinz Böötien, Jannis Stamoulis. Die ersten Klagen sollen im September eingereicht werden.

"Die Deutschen sind verantwortlich für das Blutvergießen in Griechenland", sagte Stamoulis. Nach seinen Angaben wurden während des Zweiten Weltkrieges 130.000 Griechen von den deutschen Besatzern exekutiert. 300.000 Menschen erfroren oder verhungerten im Winter 1941/42. Ihre Hinterbliebenen hätten Anspruch auf Entschädigung. ...

Welche Erfolgsaussichten die Prozesse haben, ist unklar. Nach Einschätzung des Auswärtigen Bonner Amtes sind sie völkerrechtlich unhaltbar. Es geht um Ansprüche in zweistelliger Milliardenhöhe. Schon 1946 bezifferten die Siegermächte die griechischen Reparationsforderungen aus der dreieinhalbjährigen Besatzungszeit auf 7,5 Milliarden Dollar.

Bonn meint dagegen, die Zahlung von Reparationen sei 1953 auf die Zeit nach dem Abschluß eines ausstehenden Friedensvertrags zwischen Deutschland und den Alliierten vertagt worden.<<

29.08.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. August 1995: >>>Schweinställe wurden "Tor zur Freiheit"****

Vor 50 Jahren wurde das Grenzdurchgangslager Friedland errichtet

... Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde für Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern das Tor zur Freiheit. Am 21. September feiert das Lager in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog sein 50jähriges Bestehen.

Das ausgerechnet das kleine Dörfchen Friedland im Landkreis Göttingen einmal Schauplatz erschütternder Szenen werden würde, die die ganze Welt bewegten, lag sowohl an seiner geographischen Lage als auch an der politischen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Deutschland, das inzwischen in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, gab es gewaltige Bevölkerungsbewegungen. Viele Einwohner aus dem Ruhrgebiet waren in den letzten Kriegsmonaten vor den Bombardierungen der Alliierten gen Osten evakuiert worden oder geflohen und wollten nun wieder zurück in ihre zerstörten Städte.

Aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren riesige Flüchtlingstrecks aufgebrochen, um sich vor den sowjetischen Truppen in Sicherheit zu bringen. Entlassene Kriegsgefangene machten sich auf den Rückweg in ihre Heimatorte. Schnittpunkt der Flüchtlingsströme wurde das Gebiet um Friedland, weil hier im südöstlichen Zipfel des späteren Bundeslandes Niedersachsen, die sowjetische, die britische und die amerikanische Zone aneinandergrenzten. ...

Vor allem der Flüchtlingsstrom von der sowjetischen in die britische Zone stellte die britischen Militärbehörden vor immer größere Probleme. Spätestens im September 1945 eskalierte die Lage. Täglich kamen mehr als 1.000 Flüchtlinge aus dem Osten im Kreis Göttingen an. Allein in der Nacht vom 5. auf den 6. September strömten 3.100 Menschen aus Thüringen in die Dörfer Rittmarshausen und Bremke. Um die Flüchtlingsbewegungen unter Kontrolle zu bekommen, ließ der britische Kreisoffizier von Göttingen, Oberstleutnant Perkins, schließlich die Viehställe beschlagnahmen.

Schon nach wenigen Tagen zeigte sich, daß sie nicht ausreichten. Die Kriegsgefangenen bauten deshalb auf einem höher gelegenen Rübenacker in der Nähe des Friedländer Bahnhofes ein größeres Flüchtlingslager aus Zelten und runden Wellblechbaracken, den sogenannten Nissenhütten. Seit 50 Jahren befindet sich das Lager Friedland auf diesem Gelände.

Anfang Oktober ordnete die britische Militärregierung an, daß jeder, der in die britische Zone einreiste, durch ein Auffang- und Durchgangslager zu gehen habe. Nur dort erhielten die Neuankömmlinge den begehrten Registrierschein, der geradezu lebensnotwendig wurde. Ohne Registrierschein gab es keine neuen Papiere, und ohne Papiere gab es keine Arbeit, keine Wohnung und vor allem keine Lebensmittelkarten.

Allein in den letzten Monaten des Jahres 1945 kamen 533.000 Menschen in das Lager Friedland. ...

Der erste Nachkriegswinter war für die Flüchtlinge mit großen Entbehrungen verbunden. Viele von ihnen mußten bei Temperaturen von bis zu 30 Grad im Freien übernachten. Einige erholten sich nicht mehr von den Strapazen ihrer Flucht: 66 Menschen, darunter 10 Kinder, starben in den ersten Jahren im Lager, die meisten von ihnen an Erschöpfung, Herzschwäche oder Unterernährung.

Diese Bilder des Elends kann Franz Binder bis heute nicht vergessen, ebensowenig die fahlen Gesichter und ausgemergelten Gestalten der heimkehrenden Soldaten, die ab 1948 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. "Viele hatten gar keine Schuhe an, sondern nur Lappen um die Füße", erinnert sich Hilde Binder, die spätere Ehefrau des Lager-

kochs. Sie lief damals immer auf die Straße hinaus oder hinüber ins Lager, um die Busse mit den Heimkehrern zu empfangen. Die Begrüßungsszenen auf dem Appellplatz des Lagers, wo schon viele Angehörige auf die Heimkehrer warteten, waren unbeschreiblich.

Nur die letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion kamen zunächst nicht. Erst Adenauers Moskau-Besuch im Herbst 1955 machte ihnen den Weg frei zur Heimkehr. Die Bilder vom begeisterten Empfang in der Heimat gingen damals um die ganze Welt, Friedland war endgültig das "Tor zur Freiheit".

Insgesamt sind seit 1945 rund 3,5 Millionen Menschen durch das Lager gegangen. Heute ist Friedland vor allem Erstaufnahmelager für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. ...<<

22.09.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. September 1995: >>... Bundespräsident Roman Herzog hat vor Tendenzen zu einer Abschottung Deutschlands gewarnt. Auf der Feier zum 50jährigen Bestehen des Grenzdurchgangslagers Friedland bei Göttingen wandte er sich am Donnerstag gegen eine "Das Boot ist voll" - Mentalität. "Dies würde auf uns selber zurückfallen und unsere Gesellschaft menschlich und materiell ärmer machen. Die neuen Mitbürger bringen ja Tatkraft und Optimismus mit", sagte er.

Unterdrückung und Verfolgung, Not und Armut, Krieg und Anarchie trieben die Menschen in die Flucht. Diese Ursachen gelte es zu beseitigen.

Das Lager Friedland ... werde auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch gebraucht, sagte der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD). Er erinnerte daran, daß neben 3,6 Millionen Deutschen auch Tausende von Flüchtlingen aus Ungarn, Chile, Vietnam, Sri Lanka und Albanien im Lager aufgenommen worden seien.<<

September 1995

China: Im September 1995 wird während der 4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking das sogenannte "Gender-Mainstreaming" eingeführt. Es geht damals zunächst lediglich um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Beseitigung patriarchaler Rückstände.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 13. Oktober 2012) über den Genderismus (x887/...): >>**Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung**

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. ...

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehe-

frau ...

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipien geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. ...

Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. ...

Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.

Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebbarkeit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.

Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

02.10.1995

Griechenland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Oktober 1995 über

griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>Athen will Reparationen

... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5 Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Friedensvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

03.10.1995

BRD: Lennart Meri (1929-2006, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärt am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

16.11.1995

Tschechien: Josef Zieleniec (von 1992-1997 tschechischer Minister für auswärtige Angelegenheiten) erklärt am 16. November 1995 während seiner Rede "Tschechen und Deutsche - Nachbarn im sich vereinigenden Europa" (x154/26-27): >>... Es besteht kein Zweifel daran, daß die Ereignisse dieses Jahrhunderts unermeßliches Leiden und Unrecht für viele unschuldige Menschen gebracht haben. Ein bewußt Kurzsichtiger wäre derjenige, der nicht zugeben würde; daß es Opfer und Unbill auf beiden Seiten gab.

Wir dürfen aber nie vergessen, daß die bewegten Kapitel unserer Geschichte ihre Ursachen und Folgen haben und daß Einzelheiten aus den gegenseitigen Zusammenhängen nicht herausgerissen werden können. Wir wollen aber zugeben, daß die kollektive Auffassung von Schuld und Vergeltung, egal ob gegründet auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse oder zu einem bestimmten Volk, immer auch vielen unschuldigen Menschen Unrecht bringen und nur immer neue Runden des Unbills in Bewegung setzen wird.

Zusammengefaßt: Wir wollen unsere Augen nicht vor der Vergangenheit verdecken, zugleich wollen wir sie aber nicht vor der Vergangenheit verschließen, die Zukunft zu verschatten. Wir wünschen nicht, daß die politischen und rechtlichen Diskussionen über unsere Gegenwart und Zukunft dominieren. Und wir wollen offen sagen, daß wir Schritte, die auf jegliche Weise das politische und rechtliche System des anderen Landes in Frage stellen würden, nicht akzeptieren werden.<<

17.11.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 1995: >>SS-Maid Irma Grese galt als Symbol des Bösen

Vor 50 Jahren: Britisches Militärgericht verurteilt elf Belsen-Mörder zum Tode.

Mit elf Todesurteilen und 19 Freiheitsstrafen endete vor 50 Jahren in Lüneburg der erste weltweit beachtete Kriegsverbrecherprozeß in Deutschland. ...

Mehr als 50.000 Häftlinge waren in dem Lager (Bergen-Belsen) gestorben. Trotz dieser bestialischen Bilanz wurden 14 Angeklagte freigesprochen. Nach britischem Recht konnte ihnen

keine persönliche Schuld nachgewiesen werden.

Von den Briten in die Turnhalle (dort führte der britische Militärgerichtshof den Prozeß durch) befohlen, verfolgte auch deutsches Publikum den Prozeß. Nach 54 Verhandlungstagen verkündete das Gericht unter Vorsitz von Generalmajor Berney-Ficklin am 16. und 17. November 1945 die Urteile.

Elf SS-Angehörige wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen KZ-Kommandant Josef Kramer und die Lagerführerin im Frauenlager, Irma Grese.

Die 22jährige wurde von der internationalen Presse zum Prototyp der rücksichtslosen SS-Maid und zum Symbol des Bösen erklärt. In Brutal-Comics spielt ihr "Typ" bis zur Gegenwart eine Rolle. In einem britischen Gerichtsbericht wurde sie als "aschblond und vollständig arisch" beschrieben. Sie besitze "die grausamsten Augen und den strengsten Mund, den je eine Frau hatte". Bergen-Belsen und "die Grese" wurden zum Inbegriff des Schrecklichen.

Kramer war zuvor Kommandant von Auschwitz-Birkenau. Auch Grese und viele andere Angeklagte kamen von Auschwitz nach Bergen-Belsen. So ging es in Lüneburg fast zwei Jahrzehnte vor dem Auschwitzprozeß von Frankfurt auch um die in Auschwitz verübten Verbrechen. Von Peinigern wie von Gepeinigten erfuhr die Welt erstmals etwas über die Vernichtungsmaschinerie der deutschen Konzentrationslager.

Am 13. Dezember 1945 wurden die Todesurteile am Galgen des Hamelner Zuchthaus vollstreckt. ...

Bergen-Belsen wurde am 15. April 1945 von britischen Soldaten befreit. Doch noch im Befreiungsmonat starben mehr als 18.000 Häftlinge an Entkräftung und Krankheiten. Mehrere Hundert Fälle von Kannibalismus während der Zeit der Gefangenschaft sind überliefert.

Bergen-Belsen ist auch ein Synonym für Mord durch Evakuierung. Je mehr das Deutsche Reich schrumpfte, desto mehr Häftlinge wurden aus anderen Konzentrationslagern in Todeskolonnen in die Lüneburger Heide geschickt. Bergen-Belsen blieb schließlich das letzte Auffanglager für die Insassen nahezu aller deutschen Konzentrationslager.<<

21.11.1995

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. November 1995: >>**Immer mit dem Strom geschwommen**

Polens neuer Präsident Aleksander Kwasniewski war ein aktiver Kommunist

Die Zukunft interessiert ihn, von der Vergangenheit will er nichts hören. "Wählt die Zukunft" verkündeten seine Wahlkampfplakate, sie zeigten einen eleganten Yuppie mit strahlendem Lächeln, optimistisch, Kompetenz ausstrahlend, mit gesundem Teint aus dem Bräunungsstudio.

Als er noch Parteigenosse war, hieß er "der Junge". Als er Parteichef der gewendeten Kommunisten wurde, die sich nun Sozialdemokraten nennen, galt er als "beliebtester Schwiegersohn" in Polen. Mit Vergangenheitsdebatten, wie sie ihm der bisherige Präsident Lech Walesa aufdrängen wollte, kann sein am Sonntag gewählter Nachfolger Aleksander Kwasniewski nichts anfangen. ...

Kwasniewski machte Karriere im kommunistischen Studentenverband. Sie war ihm wichtiger als der Studienabschluß. Während Polens erste freie Gewerkschaft Solidarnosc gegen die herrschende Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) kämpfte, wurde Kwasniewski Chefredakteur, erst einer Studentenzeitschrift, dann der Tageszeitung des kommunistischen Jugendverbandes.

Als General Jaruzelski das Kriegsrecht verhängte und im ganzen Land aufmüpfige Journalisten ihre Jobs verloren oder von allein gingen, behielt Kwasniewski seinen Parteiausweis. Er schrieb keine Lobeshymnen auf den General, kritisierte ihn aber auch nicht.

1985 wurde Kwasniewski Jugendminister in der Regierung Messmer, dann arbeitete er unter Ministerpräsident M. Rakowski. Heimlich pflegte er Kontakte zur linksliberalen Opposition. Bis in die Spitzengremien der Partei gelangte er nicht. Das kam ihm nach der Wende zugute:

Als ziemlich unbelasteter Genosse war er der ideale Kompromißkandidat für den Vorsitz der Nachfolgepartei der Kommunisten, der "Sozialdemokratie der Republik Polens".

Aus dem Genossen Kwasniewski wurde Olek, der Kumpel, der es allen recht macht. Mit dem Satz, nennt mich einfach Olek" schaffte Kwasniewski kurzerhand die innerparteiliche Bezeichnung Genosse ab.

Den taktischen Fähigkeiten des Vorsitzenden und seinem Ruf als Reformier verdankte es die neue Partei, daß die einst in der PVAP aktive sozialdemokratische "Graswurzelfraktion" erhalten blieb und in der Parteiführung neben den "Betonköpfen" Platz nahm. Kwasniewski verhinderte einen klaren Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit. Die neue Partei übernahm das Vermögen, den Apparat und den Stallgeruch der alten KP.

Fragt man Kwasniewski heute nach seinen Verdiensten für die Demokratie, kommt die Antwort prompt. Auch er habe als Unterhändler der Staatsmacht am Runden Tisch – am Systemwechsel teilgehabt. Von ihm stammt jener Kompromiß, der erstmals halbfreie Wahlen in Polen ermöglichte.

Am wohlsten fühlt sich Kwasniewski in der Rolle des Vermittlers, der einen eigenen klaren Standpunkt meidet. Immer wieder sorgte er für den Ausgleich in seiner Partei zwischen sozialdemokratischen Puristen und den aus PVAP übernommenen Apparatschiks. Diese sitzen heute zwar im zweiten und dritten Glied, zwangen ihren Kandidaten aber dazu, im Wahlkampf die untergegangene Volksrepublik zu verteidigen.

Aleksander Kwasniewski ist immer mit dem Strom geschwommen. Als dieser in Richtung Demokratie floß, beschloß er, eben eine demokratische Karriere zu machen. Ohne solche Opportunisten freilich wäre der Systemwechsel in Polen wohl nicht so friedlich verlaufen.<<

07.12.1995

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 1995: >>**Sklaven-Nachfahren abgeblitzt**

... Die Klage mehrerer schwarzer US-Bürger auf Schadenersatz für die Zeit der Sklaverei ist gescheitert. Ein Berufungsgericht in San Francisco (Kalifornien) kam zu dem Ergebnis, daß es nicht Sache der Justiz, sondern des Washingtoner Kongresses sei, über mögliche Entschädigungen zu entscheiden. Die Sklaverei in den USA war 1865 abgeschafft worden.

Die Kläger hatten von der US-Regierung 100 Millionen Dollar Entschädigung für das von ihren Vorfahren erlittene Unrecht verlangt. Sie forderten außerdem eine öffentliche Entschuldigung.

Das dreiköpfige Richtergremium in San Francisco nannte in einer schriftlichen Erklärung Sklaverei unentschuldigbar. "Aber die gesetzgebende Institution ist der angemessene Ansprechpartner für die Beschwerden der Kläger", hieß es in der Begründung. ...

Bundesstaatsanwältin Mary Beth Uitti als Vertreterin der US-Regierung verurteilte die Sklavenhaltung als "böse, moralisch falsch und verabscheuungswürdig". Aber es liege nicht in der Hand der Justiz, über die Frage der Entschädigung zu entscheiden.<<

11.12.1995

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Focus" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995 über ein Gespräch mit dem umstrittenen deutschen Historiker Ernst Nolte (löste 1986 den sog. "Historikerstreit" aus, seitdem führte jedes Nolte-Buch zu Eklats und Protesten): >>... Sagen Sie mal, Ernst Nolte ... WIE LEBT ES SICH ALS GEÄCHTETER?

Nolte: Eine gewisse Einsamkeit ist notwendig für einen Menschen, der viel arbeitet und dessen Arbeiten sich nicht ganz im Kontext von zunftgemäßen Fragen bewegt, und sie wird durch diesen Zustand höchstens noch vertieft. Also ich lebe so, wie ich leben möchte, nämlich arbeitend.

FOCUS: Mit anderen Worten: Das Ergebnis des Wirbels, den Sie verursacht haben, ist die angenehme Ruhe des Parias?

Nolte: Von einer völligen Ächtung kann ja keine Rede sein. Der schweizerische Rundfunk hat unlängst ein langes Interview mit mir im ersten Programm gesendet; ich hatte vor kurzem Gespräche mit "L" Espresso" aus Mailand und dem "NRC Handelsblatt" aus Amsterdam; in Bälde wird ein langes Interview in einer Mailänder Kulturzeitschrift erscheinen. Ich bin im Ausland – zumal in Italien – bei weitem nicht so "geächtet" wie in Deutschland.

FOCUS: Eine Reihe linker bis linksliberaler italienischer Professoren und Universitätsdozenten hat im Sommer 1995 einen Appell für die Freiheit der Wissenschaft veröffentlicht und dabei den Fall Nolte als Beispiel für eine "Tendenz" angeführt, die "Redefreiheit, Pressefreiheit und Freiheit der Kultur" bedrohe. Sind Sie enttäuscht, weil von deutschen Fachkollegen bislang nichts dergleichen zu hören war?

Nolte: Das Merkwürdige ist, daß diese Linken die grundlegende Maxime der liberalen Gesellschaft, die der Meinungsfreiheit, besser verteidigen als die sozusagen professionellen Liberalen. Ich fand es in der Tat betrüblich, daß zwei angesehene deutsche wissenschaftliche Zeitschriften es abgelehnt haben, die – wenn man so will – gelehrte Version meines "Spiegel-Gesprächs" von 1994 zu drucken, und zwar offenkundig aus Furcht vor zu erwartenden Angriffen.

FOCUS: Den Historikerstreit haben Sie mit der Frage ausgelöst, ob ein "kausaler Nexus" zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus bestünde. Apropos kausaler Nexus: Glauben Sie, daß ein solcher besteht zwischen den Diffamierungen im Gefolge des Historikerstreits 1986/87 und dem anschließenden Brandanschlag auf Ihr Auto; zwischen den Denunziationen nach Erscheinen Ihres Buches "Streitpunkte" 1993 – so hat Margarita Mathiopoulos behauptet, Sie hätten die Solingen-Attentäter im Gefängnis besucht – und dem wenig später folgenden Überfall auf Sie in Berlin?

Nolte: Ein direkter Zusammenhang nicht. Im übrigen würde ich das Jahr 1986 noch gar nicht durch den Begriff Diffamierung kennzeichnen – das fing erst 1987/88 an, als, wenn ich so sagen darf, das zweite Glied in Aktion trat, all diese Leute, die da ihre kleinen Bücher und Artikel schrieben.

Diejenigen, die den Brandanschlag auf mein Auto verübten, müssen irgendwoher von dieser öffentlichen Kontroverse erfahren haben. Es gab ja einen recht eindeutigen Bekennerbrief. Das gleiche gilt für diesen Tränengas-Sprayanschlag. Irgendwann hat sich unter den, wie sie sich nennen, Antifaschisten die Meinung festgesetzt, daß ich nicht nur falsche Ansichten habe, sondern ein böser Faschist bin. Und da solche Dinge, wenn sie sich herumsprechen, immer gröber und eindeutiger werden, haben diese Leute in Berlin-Mitte sich durch die Ankündigung, ich würde einen Vortrag halten, offenbar herausgefordert gefühlt. Ich möchte da aber nur einen Kausalzusammenhang im abstraktesten Sinne annehmen.

FOCUS: Ein Faschist sind Sie ja offenbar nicht, aber irgendwie böse ...

Nolte: (lacht): Ja, böse ...

FOCUS: ... mitleidlos, skandalös unterkühlt.

Nolte: Es ist sicherlich nicht ganz falsch, daß angesichts solcher grausamen Ereignisse, wie sie teilweise mein Thema sind, wissenschaftliche Kühle etwas Herausforderndes und Negatives hat. Man übersieht dabei, daß diese meine Kühle nicht die des Mikroskop-Forschers ist, sondern es ist die Kühle des Mannes, der eben doch ein bißchen mehr weiß als die große Menge dieser Betroffenen und Empörten. Nämlich beispielsweise, daß der Vorwurf entsetzlicher Verbrechen, wie er heute mit Recht gegen die Nationalsozialisten vorgebracht wird, nicht einzigartig ist, sondern auch in den 20er Jahren vorgebracht wurde – nur von anderen Menschen gegen eine andere Macht. Natürlich habe ich diese Literatur gelesen, so wie Hitler sie auch gelesen hat, und ich bin geradezu verpflichtet, dem nachzugehen, was sich in seinem Kopf abgespielt hat.

FOCUS: Sie meinen, weil die Vorstellungen in Hitlers Kopf für die Wirklichkeit letztlich ent-

scheidender waren als die Wirklichkeitswahrnehmung in Tausenden normalen Köpfen?

Nolte: Ja sicher. Dieser kausale Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus ist natürlich auf den ersten Blick kein anderer als der im Kopfe Hitlers und anderer Nationalsozialisten. Die Art und Weise, wie Hitler die Nachrichten über die russische Revolution aufgenommen hat, ist meines Erachtens so gravierend, daß man das gar nicht übersehen kann, zumal ihm noch in seiner spätesten Zeit dieselben Äußerungen über die Lippen kamen. Manche meinen, daß es kausale Zusammenhänge nur zwischen Dingen gibt, aber im praktischen Leben sind fast alle Zusammenhänge durch den Kopf vermittelt.

FOCUS: In der deutschen Öffentlichkeit dominiert die Meinung, daß jeder Vergleich bezüglich des Dritten Reichs automatisch eine Verharmlosung nach sich zöge wie der Blitz den Donner. Leuchtet Ihnen dieser Nexus ein?

Nolte: In Gestalt des von mir sogenannten negativen Nationalismus ist ja so etwas wie eine neue Religion entstanden, die viele Leute einfach brauchen. Man möchte irgendwo ein absolutes Böses haben, um es mit völlig gutem Gewissen bekämpfen zu können und sich gleichzeitig auf der Seite des absolut Guten zu wähnen. Darüber, daß man solche Vorgänge, wie sie durch den Namen Auschwitz abgekürzt bezeichnet werden, als etwas ganz Entsetzliches betrachtet, muß nicht erst diskutiert werden, aber sie sind nach meiner Ansicht immer noch nicht das absolute Böse und können auch nicht aus dem geschichtlichen Kontext herausgelöst beurteilt werden. Aber da verteidigen diese "neuen Religiösen" sozusagen ihren Glauben. Und wer einen Glauben verteidigt, wird oft fanatisch.

FOCUS: Das gilt natürlich nicht für Sie.

Nolte: Ich habe eben keinen politischen Glauben, und deshalb bin ich auch kein politischer Fanatiker.

FOCUS: Bei der Lektüre Ihrer Bücher kann man durchaus den Eindruck gewinnen, daß Sie, über Ihre Thesen hinaus, den Leser zusätzlich durch Euphemismen provozieren wollen. Falsch?

Nolte: So formuliert halte ich es für mindestens übertrieben. Ich bin durch meine philosophische Herkunft mitbestimmt, so daß man mir, wohl mehr als bei den meisten anderen Historikern, die Ehre antun müßte, meine Sätze sorgfältig zu lesen, zu wägen und in den Zusammenhang zu stellen, aber diese Art Lektüre ist mir leider selten zuteil geworden. Wenn man meine Aussagen vergrößert, bedingende Vor- und erklärende Nachsätze ausläßt, kann man mich sehr leicht uminterpretieren. Diese Art des Umgangs mit mir bin ich gewöhnt, und ich habe fast schon die Hoffnung verloren, daß ich das noch zurechtrücken könnte.

FOCUS: Ihre Texte sind durchsetzt vom Wort "aber". "Die Aber", sagt die Gräfin Orsina in Lessings "Emilia Galotti", "kosten Überlegung."

Nolte: Richtig. Manche nennen das ja Dialektik. Es bedeutet, daß viele Aussagen für sich allein nicht vollständig sind; es muß noch etwas hinzugefügt werden.

FOCUS: Wenn Sie, wie Sie sagen, kein politischer Fanatismus leitet, dann könnten Sie also die Grünen wählen und trotzdem dieselbe Geschichtsphilosophie vertreten?

Nolte: Im Prinzip ja, und ich wurde ja vor 30 Jahren im allgemeinen den Linken zugerechnet. Ich hätte trotzdem Bedenken, weil sich in dieser Partei besonders viele und hartnäckige Vertreter der erwähnten quasireligiösen These befinden, an deren Seite ich mich schlecht stellen kann. Deshalb habe ich ja die Existenz einer radikalen Rechtspartei gefordert, und das hat natürlich besonders viel Zorn erregt, obwohl man sich eigentlich sagen müßte: Entweder bejaht man das pluralistische System – dann muß man auch bejahen, daß es nicht nur eine Linke, sondern auch eine Rechte gibt -, oder man bejaht es nicht.

FOCUS: Diese Partei wäre für Sie ein Pendant zu den Grünen?

Nolte: Nein. Früher habe ich gedacht, das Grün wäre nur die Tarnfarbe. Die radikale – nicht extreme, ich mache da einen großen Unterschied – linke Partei existiert in Form der PDS. Sie

existiert nicht nur, sondern ist faktisch auch anerkannt, und das halte ich für richtig. Aber dann muß es eben auch ein Gegengewicht geben, das nicht nur existiert, sondern ebenfalls anerkannt ist.

FOCUS: Sie haben mit einer Bemerkung Entrüstung ausgelöst, die der Geschichtspublizist Sebastian Haffner schon 17 Jahre vor Ihnen machte, nämlich: Man könne Hitlers Krieg auch tendenziell als europäischen Einigungskrieg betrachten. Heute ist eine europäische Einigung unter entschieden freundlicheren Bedingungen möglich. Hält es der Geschichtsdenkler für wünschenswert, daß Europa, nachdem es 50 Jahre – auch als Folge des Hitler-Fiaskos – von außen dominiert wurde, wieder eine selbständige, offensive Rolle in der Weltpolitik spielt?

Nolte: In diesem Punkt habe ich immer etwas mit den französischen Linken sympathisiert, die gar nicht so sehr im Politischen, sondern im Kulturellen antiamerikanisch sind. Wenn Europa, von wo die Menschheitskultur doch zu einem großen Teil ausgegangen ist, zu einem bloßen Satelliten der USA würde – und das sieht auf vielen Gebieten ja so aus -, wäre das beklagenswert. Es muß ja nicht gleich Abkopplung sein, aber ein sowohl militärisch als auch geistig selbstbewußteres und unabhängigeres Europa halte ich für wünschbar.

FOCUS: Mit universellem Anspruch?

Nolte: Nein, das gerade nicht. Das ist von Hitler mit einer solchen Intensität und Übertreibung betrieben worden, dahin können und sollten wir nicht zurück. Wir sind hinfort eine unter den Weltkulturen, damit müssen wir es genug sein lassen – aber wir müssen nicht notwendigerweise eine Satellitenkultur sein. Wenn man heute überhaupt den Ausdruck Nationalismus gebrauchen will, kann es nur noch ein defensiver Nationalismus sein, und auch der Europäismus kann meines Erachtens nur noch defensiv sein. Große Missionsideen werden wir nicht mehr entwickeln können, sondern wir müssen sehen, daß wir keine allzu dürftige Rolle in dieser künftigen einen Welt spielen.

FOCUS: Diese eine Welt ist normalerweise ein Schreckgespenst für Konservative. Sie sprechen das große Wort so gelassen aus?

Nolte: Was ich mir in der Tat wünsche, ist, daß unsere Nachfahren nicht völlig aufgehen in dem, was eine Reihe von Denkern Nachgeschichte genannt hat und was Heidegger die Weltzivilisation nannte. Ich glaube aber, daß vorläufig nicht mehr aufrechterhalten werden kann als die Überzeugung, daß auch die Weltzivilisation, so mächtig sie ist, nicht das letzte Wort für die Menschheit sein kann.

FOCUS: Würden Sie bitte zu den folgenden Personen einen Satz sagen: Jürgen Habermas?

Nolte: Er ist auf jeden Fall ein bedeutender Kopf. Gleichzeitig ist er dasjenige, als was er sich auch selbst charakterisiert hat, nämlich ein Produkt der Umerziehung. Insofern halte ich es nicht für Zufall, daß wir beide damals in einen Konflikt geraten sind.

FOCUS: Ernst Jünger.

Nolte: Ich halte ihn für eine der großen repräsentativen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts, und wer dauernd auf dem herumreitet, was er während der 20er Jahre geschrieben hat, erweist sich damit als enger Kopf.

FOCUS: Joschka Fischer.

Nolte: Ich weiß nicht viel von ihm. Wenn ich es recht sehe, ist er wohl ein Beispiel für einen weitverbreiteten Vorgang, nämlich, daß junge Linke zwar nicht alte Rechte, aber im Alter doch sehr viel überlegter und, wenn man so will, vernünftiger werden.

FOCUS: Rudolf Augstein.

Nolte: Wir sind Repräsentanten einer Generation, sogar desselben Jahrgangs; wir haben die entferntesten Wege eingeschlagen und trotzdem eine gewisse innere Nähe und vielleicht sogar versteckte Sympathie nicht verbergen können. Es handelt sich einfach um zwei verwandte Arten von Intellektualität.

FOCUS: War Martin Heidegger auch ein Intellektueller?

Nolte: Nein. Heidegger ist eine andere Qualität. Zu ihm kann ich aufschauen, und ich kann nicht sagen, er repräsentiert etwas ähnliches wie ich.

FOCUS: Marx und Nietzsche dagegen haben Sie als Intellektuelle definiert. Also steht Heidegger in Ihrem Wertekosmos über ihnen?

Nolte: Ich glaube, ja.

FOCUS: Gibt es irgendeinen Autor, den Sie nicht verstanden haben?

Nolte: So paradox es scheint: Das ist kein anderer als Heidegger, über den ich ein Buch geschrieben habe. Bei ihm hatte ich aber immer den Eindruck, ich kann ihn in seinem Verhältnis zu Politik und Geschichte darstellen, und das ist ja der Gegenstand des Buchs, aber auf die inneren Gründe komme ich nicht. Heidegger ist derjenige, dem gegenüber ich am ehesten so etwas wie Verzweiflung oder ein Gefühl eigener Unfähigkeit empfunden habe. ...<<

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1995) berichtet am 11. Dezember 1995: >>Verstörte Seelen

Das Ende der Sonderrolle und der Anschluß an Europa zeigen Wirkung: Viele Österreicher sind verunsichert und suchen neuen Halt. Wird der Rechts-Populist Jörg Haider bei den Wahlen am Sonntag der große Gewinner?

Hom's des gsehn?" wendet sich eine aufgebrachte Dame an Burgtheaterdichter Peter Turrini, als der in die Praterstraße einbiegt. "Zwa Neger!" ruft sie und zeigt mit dem Finger auf die Passanten.

In der Wiener Leopoldstadt wohnten zwischen den Weltkriegen 130.000 Ostjuden, jetzt sind Türken und viele Österreicher mit tschechischen und ungarischen Familiennamen in dem Viertel heimisch. Aber Afrikaner?

Der Dichter versucht, die Dame zu beruhigen: Schwarze gebe es doch heutzutage überall, selbst in deutschen Dörfern ließen sie sich nieder. Die Frau mag ihm nicht glauben: "Nein", sagt sie, "des kann ned sein."

Turrinis Künstlerkollege Kurt Ostbahn kämpft mit ähnlichen Verständigungsschwierigkeiten. Der bacchantische Musiker widmete zuletzt ein ganzes Arbeitsjahr dem Wiener Integrationshaus, das vor allem bosnische Flüchtlingsfamilien betreut. Für rechtsradikale Bombenleger wurde er so zum Inländerfeind Nummer eins, zumal Ostbahn mit bürgerlichem Namen Willi Resetarits heißt und aus einer kroatischen Enklave im Burgenland stammt, dem 1.450 Einwohner zählenden Stinatz.

Im Februar zerfetzte ein Sprengsatz vier Zigeuner in Oberwart, im nahen Stinatz explodierte eine Bombe neben dem Kinderspielplatz. Beim Besuch in der Heimatgemeinde bekam Resetarits bittere Vorwürfe zu hören. "Warum macht ihr so einen Wirbel da oben in Wien", klagten Bekannte über ihn und seine Freunde, "seht's ned, was ihr bei uns anrichtet?"

Viele Österreicher verstehen die Welt nicht mehr. Seit der Eiserne Vorhang gefallen ist, leben sie in einem grotesken Abwehrkampf gegen die Veränderungen und den Verlust der alten Gemütlichkeit. Den Schutz, den ihnen früher die abgeschottete Grenze vor dem unheimlichen Fremden bot, erhoffen sie sich jetzt von einer politischen Wende: Bis zu 27 Prozent aller Wähler könnten Jörg Haiders rechtspopulistischer Bewegung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am kommenden Sonntag ihre Stimme geben; mit den zu erwartenden 28 Prozent für die konservative ÖVP kämen 55 Prozent für eine neue rechtsbürgerliche Koalition zusammen.

Für Österreich wäre das eine Zäsur, wohl der größte Einschnitt seit dem Staatsvertrag 1955, der das Land von den Besatzungsmächten befreite und der Alpenrepublik die Souveränität zurückgab.

Ein mächtiger schwarz-blauer Bürgerblock wäre damit geboren, selbst wenn die Sozialdemokraten weiterhin die stimmenstärkste Fraktion bilden sollten. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr lag die sozialdemokratische SPÖ noch bei 34,9, die ÖVP bei 27,7 und Jörg Haiders Frei-

heitliche (kurz: F) bei 22,5 Prozent.

"Diesmal ist alles möglich", sagt ein führender SPÖ-Strategie, "weil keiner der Kanzlerkandidaten wirklich die Mehrzahl der Wähler überzeugt" - weder der amtierende Franz Vranitzky (SPÖ) noch ÖVP-Herausforderer Wolfgang Schüssel oder F-Führer Haider. Wenige Tage vor der Wahl war ein Drittel der Stimmbürger noch unentschieden.

Unüberhörbar ist nach 25 Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft der Ruf "Weg mit den Roten". Der alerte Schüssel jedenfalls kennt gegenüber dem "politischen Ziehvater des rechtsextremen Terrorismus", wie Haider nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs genannt werden darf, keine Abgrenzungsprobleme.

Wie ein ehrgeiziger Lehrling kopierte Schüssel im Wahlkampf den rechten Demagogen, moderater zwar im Stil, aber im Inhalt stets verwechselbar. Wie Haider beklagte der ÖVP-Chef Sozialmißbrauch und wettete gegen "Privilegienritter". Zu den Budgetdefiziten, die nicht schlimmer sind als die anderer europäischer Staaten, fiel ihm der Alarmbegriff "Staatsnotstand" ein.

Seine Partei zog beim Rechtsruck widerspruchlos mit, wittert sie doch die Chance, durch eine Verhaiderung endlich wieder den Kanzler stellen zu können. In Österreich habe er "noch nie so deutlich gespürt: Wir sind auf dem Vormarsch", jubelte Helmut Kohl bei seinem Wahlkampfbesuch in der Wiener Hofburg, ganz so, als ob die ÖVP mit deutscher Kanzlerhilfe knapp vor der absoluten Mehrheit stünde.

Dabei hat sich Schüssel, der im Oktober die Große Koalition mit den Sozialdemokraten ohne Not platzen ließ, vermutlich verspekuliert: Er ist angetreten, um die SPÖ zu überholen. Doch in keiner Meinungsumfrage konnte er sich bislang an die Spitze schieben.

Schüssel gelänge es dann nur, mit Hilfe Haiders Kanzler zu werden - und er wird dies wohl auch versuchen. Haider, 45, der in den vergangenen Jahren von Wahl zu Wahl zulegen konnte, steht so vor seinem nächsten Karrieresprung: Er würde zum Kanzlermacher. Seine Anhänger kommen aus allen Schichten, sie sind gleichermaßen jung und alt, wohlhabend und ohne Arbeit, gebildet und ahnungslos. Genüßlich bearbeitet er bei seinen Kundgebungen die Menge, die ihn im Gegenzug auffordert, "jetzt dieses Österreich zu retten".

Ist Haider ein ungewöhnlich geschickter politischer Rattenfänger, der noch in vielen Ländern seine Nachahmer finden wird?

Sicherlich eignet sich der trickreiche Österreicher als Prototyp einer neuen, europaweiten Rechten, die sich auf die millionenfache wirtschaftliche Verunsicherung seit dem Mauerfall stützt.

Professionell schürt er die Ängste vor Veränderung, Modernisierung und Einwanderung. Kein Zufall, daß ihm gerade in Österreich so viele Menschen applaudieren. Kein anderes westliches Land reagierte mit vergleichbarem Unverständnis und demonstrativer Abwehr auf die Öffnung nach Osten. Denn die Donau-Republik profitierte wie kaum ein anderer Staat vom Kalten Krieg.

Gemütlich konnte sich das kleine Alpenland jahrzehntelang im Widerstreit der Systeme einrichten. Ein bisserl Planwirtschaft, ein bisserl Markt beim Handel mit der EU - und das schöne Österreich florierte.

Die "immerwährende Neutralität", wie sie der Staatsvertrag vorsah, wurde zum neuen Glaubensbekenntnis. Nach dem Abzug der Alliierten waren Ausländer beliebt, solange sie den Tourismus ankurbelten; Ostflüchtlinge wurden gern aufgenommen, solange sie sich brav integrierten, oder, besser noch, das Land schnell wieder verließen. Für die ostdeutschen Trabi-Kolonnen 1989 stellten Österreichs Gendarmen fürsorglich große Schilder entlang der Autobahnen auf, um ihnen den kürzesten Weg in die Bundesrepublik zu weisen.

In der Aufschwungs-Idylle mit gut ausgelasteten Hotels fiel niemandem auf, daß sich politische Fehler häuften. 40 Milliarden Schilling, knapp 6 Milliarden Mark, pumpten die Große

Koalition und Wiens Gemeinderat in Finanzierungshilfen für Ostgeschäfte mit zweifelhaften Partnern. Jetzt sind uneinklagbare Forderungen etwa für den Bau polnischer Schlachthäuser Wahlkampfmunition der Opposition.

Dabei ist Österreichs Ostengagement nicht zu groß, sondern eher zu bescheiden geraten. In Prag ließen sich mehr als 1.000 transnationale Firmen nieder, in Budapest kaum weniger. Wien aber verliert den Anschluß. Die 54 Kilometer lange Straßenverbindung nach Bratislava etwa, ein altrömischer Handelsweg, führt noch immer einspurig durch das mittelalterliche Wiener Tor von Hainburg. Der Verkehr hat sich in den vergangenen fünf Jahren verzwanzigfacht, doch wer in Österreichs Hauptstadt will, muß warten.

Hundert Kilometer Grenze mit der Slowakei blieben bis vor kurzem Niemandsland, erst dann wurde ein Übergang über die March eingerichtet - und der ist eine Pontonbrücke, da die Österreicher eine Zigeuner-Invasion fürchten.

Längst ist Prag dabei, Wien als Touristenmetropole zu überflügeln. Statt wieder in den Mittelpunkt Europas zu rücken, flüchtet die Mehrheit der Österreicher in eine neue Selbstabschottung. 85.000 Menschen aus Ex-Jugoslawien wurde noch Zutritt gewährt, dann schienen Kriegsgreuel die Hilfsbereitschaft zu überfordern. Die Große Koalition verschärfte Asyl- und Aufenthaltsgesetze und beförderte das Land bei der Integrationspolitik an die letzte Stelle aller westeuropäischen Staaten: Der Zuzug von Ausländern ist unerwünscht, Familienzusammenführung nur im Rahmen scharfer Quoten möglich.

Ausländische Arbeitnehmer finanzieren über ihre Steuern zwar den sozialen Wohnungsbau mit, die begehrten Gemeindewohnungen bleiben ihnen aber versperrt, auch von Mietbeihilfen sind sie ausgeschlossen. Fröhlich nannte Haider den früheren sozialdemokratischen Innenminister Franz Löschnak "meinen besten Mann in der Regierung".

Das Hurra der Österreicher zu Europa - 66,6 Prozent der Wähler bejahten im Juni vergangenen Jahres den EU-Beitritt - galt denn auch weniger der längst fälligen Öffnung des Landes. Die Flucht in die EU schien vielmehr die Chance zu eröffnen, möglichst viel so zu lassen, wie es ist - und neue Dämme zu errichten.

Immerhin beträgt die Arbeitslosenquote nur die Hälfte des EU-Durchschnitts, die Beinahe-Vollbeschäftigung bei Jugendlichen wird mit großzügigen Frühpensionsregelungen teuer erkaufte. Österreich ist das drittreichste EU-Mitglied, die Sozialleistungen sind großzügig: Müttern etwa wird ein zweites Erziehungsjahr bezahlt. Wien zählt zu den intaktesten Großstädten der Erde, das Kulturangebot wird nur von wenigen Metropolen übertroffen.

Doch die EU riß jäh die Türen der ökonomisch "geschützten Werkstätte" (so die Wiener Presse) auf, in der es sich Österreich über die Jahrzehnte so bequem eingerichtet hatte. Für Wirtschaftskundige nicht unerwartet, aber zur Verblüffung der Alpenländer, schlitterten bekannte Industriebetriebe in Konkursnähe, unter ihnen die meisten Skifabrikanten und der Handelsriege Konsum. Die Stadt Salzburg will die Milch für die Altenheime inzwischen in Bayern bestellen - sie ist dort billiger.

Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht jetzt durch die Republik, zumal sich das Bayernwerk bei einem österreichischen Energieversorger eingekauft hat. Importierte Lebensmittel verdrängen überall heimische Waren aus den Supermarktregalen. Der Arbeitsmarkt gerät wie in fast allen Industrieländern ins Rutschen, da trotz guter Konjunktur die Beschäftigtenzahlen erstmals deutlich sinken. Zehntausende Bauern mit zu kleinen Höfen kämpfen um ihre wohlsubventionierte Existenz. "Wir wollen den Ausverkauf Österreichs verhindern", behauptet Schüssel, der sechs Jahre als Wirtschaftsminister amtierte.

Aber wie? Potente Kapitalisten waren in Österreich schon zu Kaiser Franz Josefs Zeiten rar; internationale Firmenbeteiligungen sind im EU-Europa ohnehin selbstverständlich; ohne ausländische Partner sind nur wenige Sparten auf Dauer überlebensfähig, nicht einmal die meisten Banken und Versicherungen.

Langsam wird den Österreichern auch klar, daß sie im internationalen Vergleich eher unterqualifiziert sind. Während in der OECD, dem Klub der führenden Industriestaaten, durchschnittlich jeder fünfte Bürger eine höhere Bildung vorweisen kann als das Abitur, sind das in Österreich gerade sieben Prozent. Dafür brauchen die wenigen Studenten für ihre Ausbildung wesentlich länger als Kommilitonen in den meisten anderen Ländern, stolze 13 Semester. Pro Kopf der Bevölkerung werden in Österreich auch nur halb so viele Qualitätszeitungen gekauft und Bücher gelesen wie in vergleichbaren Staaten. Und Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll brüstet sich, bislang nur ein einziges Buch gelesen zu haben: Karl Mays "Schatz im Silbersee".

Selbstbezogen, mit Angst vor Fremden, ökonomisch verunsichert - so ein Staatsbürgerprofil bringt furchtsame Wähler hervor, verstörte Seelen, die nur allzugern Schutz bei Heilsversprechern suchen.

Erfolgreich locken Haider's Freiheitliche die Frustrierten und vermeintlichen Verlierer auf ihre Seite. Angesprochen fühlen sich im Land der kunstvollen Nörgler und Neider auch Zehntausende, die um ihre Privilegien als Lehrer oder Postbeamte bangen, weil den Regierenden das Budget außer Kontrolle geriet.

Angst wird die Wahl entscheiden, und sie ist ausgeprägt in allen Lagern. Am stärksten bei den Künstlern, die dem Land soviel Beachtung eingebracht haben. Viele schweigen demonstrativ, neben Turrini auch die Schriftstellerin Elfriede Jelinek: "Ich sage nichts aus Sorge, daß alles, was ich jetzt noch sage, schwarz-blau nur nützen könnte."

Ein Aufschrei der Wehleidigkeit geht durch das Land.

Selbstbezogen, ängstlich und ökonomisch verunsichert.<<